

Zuschuss für die Betreuung in den Sommerferien

Elternbeirat erhofft sich von der Finanzspritze eine Steigerung der Nachfrage in der Burgbernheimer Schule

BURGBERNHEIM – Mit 40 Euro pro Woche, befristet auf zwei Wochen je Schüler, unterstützen die vier Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft (VG) Burgbernheim das Angebot einer Ferienbetreuung an der Grund- und Mittelschule. Der Elternbeirat hatte sich mit der Bitte um Bezuschussung an die VG-Bürgermeister gewandt.

Zuletzt scheiterte das Angebot einer Ferienbetreuung aufgrund der unzureichenden Zahl der Anmeldungen. Selbst der Versuch, über Beschäftigte im Industriegebiet eine höhere Resonanz zu erzielen, war gescheitert, informierte VG-Vorsitzender Matthias Schwarz in der Gemeinschaftsversammlung. Im Sommer 2012 war das Angebot auf den Vormittag und die ersten zweieinhalb Ferienwochen im August beschränkt worden, um es überhaupt realisieren zu können.

Die Organisation liegt in den Händen der Gesellschaft zur Förderung beruflicher und sozialer Integration gGmbH, die auch für die Koordination der offenen Ganztagesangebote an der Schule verantwortlich zeichnet. Pro Woche und je Kind entstehen den Eltern Kosten in Höhe von 140 Euro, ins Gespräch brachte der Elternbeirat eine Kostenübernahme von 50 Prozent durch die VG-Gemeinden.

Kosten könnten rasch steigen

Die Nachfrage durch eine Finanzspritze zu steigern wäre sicher positiv, urteilte Schwarz. Grundsätzlich mochte er den Antrag aber nicht uneingeschränkt unterstützen. Er gab zu bedenken, dass die Kosten rasch in höhere Dimensionen steigen könnten, wenn die Zahl der Anmeldungen deutlich nach oben geht und nicht nur die Sommer-, sondern darüber hinaus andere Ferien zur Diskussion

stehen. Auch bat er zu berücksichtigen, dass das im September eingeführte offene Ganztagsangebot für die Grundschulklassen von Montag bis Donnerstagnachmittag kostenlos ist, was gegenüber dem vorherigen Modell eine finanzielle Entlastung für die Eltern mit sich brachte. Zusätzlich verwies Schwarz auf einen Zuschusstopf, der für Familien eingerichtet wurde, wenn beispielsweise bei der Finanzierung einer Klassenfahrt finanzielle Probleme auftreten.

Die Hemmschwelle, auf diese Möglichkeit zurückzugreifen, war Dietmar Leberecht zu hoch. Er schlug vor, pro Haushaltsjahr einen Ansatz für die Unterstützung der Ferienbetreuung zur Verfügung zu stellen. Viele Eltern hätten nicht die Chance, die sechswöchigen Sommerferien über ihren eigenen Urlaub abzudecken. „Generell Nein zu sagen halte ich in der heutigen Zeit für einen schlech-

ten Zug.“ Marktbergels Bürgermeister Dr. Manfred Kern brachte eine Reduzierung der prozentualen Beteiligung für die Kommunen ins Gespräch. Ein Vorschlag, den sein Amtskollege aus Gallmersgarten, Emil Kötzel, aufgriff, ein gewisser Anteil solle durchaus von den Eltern getragen werden.

Wunsch nach verlässlichen Zahlen

Stefan Schuster konnte sich eine zeitliche Begrenzung des Zuschusses vorstellen, auch um verlässliche Zahlen zu haben, in welche Richtung sich die Nachfrage tatsächlich entwickelt. Gegen die Stimme von Dietmar Leberecht, der die doppelte Einschränkung durch die finanzielle Obergrenze und gleichzeitig die Befristung nicht mittragen wollte, stimmte die Gemeinschaftsversammlung für die Bezuschussung.

CHRISTINE BERGER